



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Thimme, Friedrich: Der neue Burgfriede

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Der neue Burgfriede

Von Dr. Friedrich Thimme

Die Schriftleitung behält sich eine eigene Stellungnahme zu dem Inhalt des folgenden Aufsatzes vor.



Über acht Wochen ist es schon her, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg in seinem Antworttelegramm an den Ehrenvorsitzenden der Deutschen Vaterlandspartei, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, dem deutschen Volke die in dem Streit der Meinungen über die Kriegsziele und die innerpolitischen Fragen schier vergessene Notwendigkeit des Burgfriedens in die Erinnerung zurückzurufen suchte: „Wohlan, schließen wir von neuem Burgfrieden! Wir verdanken ihm die wunderbare Entfaltung der deutschen Kraft im felsenfesten Vertrauen auf Reichsleitung und Oberste Heeresleitung. Beide geeint und geführt durch unseren geliebten Kaiser, wird unser Volk den Frieden erhalten, den das Vaterland braucht für neues Blühen und Gedeihen. Einig im Innern sind wir unbefleglich.“ Leider fand das Wort Hindenburgs damals kaum einen stärkeren Widerhall. Gerade die Deutsche Vaterlandspartei, an die das mahnende Wort des Feldherrn in erster Linie gerichtet war, hat von Anfang ihres Bestehens an nichts anderes getan, als eine Hinwendung des deutschen Volkes zu einem neuen Burgfrieden zu verhindern; sagte sie doch in aller Form der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli und ihrer Friedensresolution rücksichtslosen Kampf an. Die Vaterlandspartei ist es auch gewesen, die indirekt den Anstoß zu der letzten schweren, jetzt glücklich beendeten Regierungskrise gegeben hat. Es soll ihr deswegen an dieser Stelle beileibe kein Vorwurf gemacht werden; denn aus der finsternen Nacht der Regierungskrise ist das Licht einer um vieles engeren Verbindung zwischen Kaiser und Volk, zwischen Regierung und Volksvertretung, ist auch ein neuer, fester als der alte verankert Burgfriede hervorgegangen. Wir können die sympathischen Worte, mit denen unser Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, den Eintritt der Herren Dr. Friedberg und von Payer in die ihnen verliehenen Ämter als Vizekanzler des Deutschen Reiches und als Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums begrüßt hat, nur voll unterschreiben: „Sie trugen, indem sie die schwere Verantwortung auf sich nahmen, die mit ihren neuen Stellungen verknüpft ist, das ihre dazu bei, daß der Weg, den der deutsche Kaiser am 4. August 1914 eingeschlagen hat und in all seinen späteren Kundgebungen zielbewußt verfolgte, weiter beschritten wird. Indem so die Einheit des deutschen Volkes nicht bloß tatsächlich gewährleistet, sondern auch der ganzen Welt vor Augen geführt wird, ist die Grundlage gesichert, auf der die siegreiche Beendigung des Krieges erfolgen muß. Unser Volk wird die dadurch bewirkte innere Stärkung der Lage sicherlich mit Dank gegen Seine Majestät den Kaiser begrüßen und in seiner Haltung den festen Willen betätigen, unter Zurückstellung alles Trennenden in gemeinsamer Umgebung den Kampf um die Zukunft von Kaiser und Reich durchzuführen.“

Ja, das deutsche Volk kann dem Kaiser nicht dankbar genug für die hohe Weisheit und die in ihrer reinen Sachlichkeit unvergleichlich vornehme Würde sein; mit der er, unbeirrt durch alles Menschliche, Allzumenschliche die Regierungskrise

einem guten Ausgang zugeführt hat. Das soll und muß um so mehr betont werden, je mehr auf konservativer und alldeutscher Seite nicht bloß den Ratgebern der Krone, sondern auch dem Träger der Krone selbst sein Verhalten in der Krise als schwächliche Nachgiebigkeit, ja als eine Kapitulation vor der Demokratie ausgelegt worden ist. „Und die Krone?“ fragt Heinrich Claß, der bekannte Führer der Alldeutschen, in der „Deutschen Zeitung“ vom 6. November, „Was tat sie in diesen Tagen, und wer wahrte ihre verfassungsmäßigen Rechte? Hat der Träger der Krone das für ihn als Kaiser und König Gebotene, weil für das Volk Notwendige getan, um den Inhalt und Wert seines wunderbaren Amtes unangetastet zu erhalten?“ Nun, wer sich in die Seele des Kaisers, wie sie sich in seinen Reden und Handlungen tausendfältig offenbart hat, vertieft, der weiß genau, daß er gerade hier aus dem tiefen Verantwortlichkeitsgefühl heraus, wie es dem Hohenzollernhause von je eignete, gehandelt hat. Der Kaiser ist ganz von der hohen Aufgabe durchdrungen, das deutsche Volk aus diesem schwersten Kriege heraus zu ehrenvollem Frieden und zu größerer, heller Zukunft zu führen. Er weiß, daß dies nur gelingen kann und wird, wenn die Einheit von Krone und Volksvertretung, von Fürst und Volk so restlos wie nur möglich hergestellt wird, so sinnfällig wie nur möglich in Erscheinung tritt. So kommt er den Wünschen der großen Mehrheit der Volksvertretung, die doch ganz gewiß einen Rückhalt in den breiten Massen des Volkes hat, in der Besetzung der höchsten Regierungsstellen entgegen, ohne damit von den verfassungsmäßigen Rechten der Krone etwas preiszugeben. Leicht gemacht ist ihm das Entgegenkommen von seiten des Reichstages und der Parteien wahrlich nicht. Auch wer die Schuld für die letzten Regierungskrisen ganz wesentlich bei der Regierung selbst und ihren Entgleisungen sucht, wird doch nicht sagen können, daß der Reichstag etwa in seiner Oktobertagung dasjenige Maß von Sachlichkeit und Würde an den Tag gelegt hat, das das deutsche Volk von seiner Vertretung erwarten kann und muß. Vollends die Art und Weise, wie über die Neubefetzung der zum Teil noch nicht einmal erledigten obersten Regierungsstellen aus den in Frage kommenden Parteien hin und her verhandelt, um nicht zu sagen gefeilscht wurde, hat doch einen wenig erfreulichen Eindruck hinterlassen. Es wäre nur zu begreiflich gewesen, wenn die Krone angesichts solchen Treibens an der Berufung von Männern Anstoß genommen hätte, deren Namen allzu früh und allzu stark in die Öffentlichkeit gezerrt wurden. Daß der Kaiser, unbekümmert um alle unerquicklichen Begleiterscheinungen der Regierungskrise, unverrückt in reiner Sachlichkeit das Ziel im Auge behielt, durch die Einheit von Regierung und Volksvertretung die Möglichkeit künftiger Konflikte aus dem Wege zu räumen und so die Grundlage zu schaffen, die allein die siegreiche Beendigung des Weltkrieges gewährleisten kann, wird ihm ganz gewiß von der Geschichte als ein hohes und unvergängliches Verdienst ausgelegt werden.

Nächst dem Kaiser aber gebührt dem Grafen Hertling als dem von ihm ausersehenen Kanzler ein aufrichtiges Lob für die nach manchen Gefährdungen doch glücklich hinausgeführte Beendigung der Regierungskrise. Aus klugem Nachgeben und festem Beharren war eine Taktik gemischt, die es vor allem darauf abgesehen hatte, eine Regierung zu bilden, die die Gewähr der Dauer in sich trage und eine Wiederkehr der Krisen bis zum Friedensschlusse nahezu ausschalte.

Ein meisterhafter Schachzug war es insbesondere, der nationalliberalen Partei die Befetzung der Vizepräsidentschaft im preußischen Staatsministerium anzubieten; gerade so konnte den Befürchtungen am ersten und wirksamsten begegnet werden, die die Berufung eines ehemaligen Zentrumsführers auf den Kanzlerposten in protestantischen Kreisen auszulösen geeignet war.

Unter den Parteien aber hat sich keine durch ihr Verhalten während der Krise so sehr den Dank aller einsichtigen vaterländischen Kreise verdient wie die nationalliberale. Indem sich die nationalliberale Partei, ohne Rücksicht auf ihr eigenes Interesse und auf die Stimmung eines nicht unerheblichen Teiles der hinter ihr stehenden Wählermassen entschloß, an der Bildung der Regierung teilzunehmen und die Mitverantwortung für sie zu tragen, hat sie erst der Regierung die volle Tragfähigkeit und Stabilität gegeben, deren sie unbedingt im nationalen Interesse bedurfte. Sie hat damit ein weit größeres Verantwortungsgefühl an den Tag gelegt als die sozialdemokratische Partei, von der man nach den großen Worten des Würzburger Parteitages hätte erwarten sollen, daß sie sich nicht aus der Befürchtung heraus, nur die Gastrolle von Sommervögeln in der Regierung spielen zu können, mittels des Versuchs, ihren moralischen Anspruch auf einen Regierungssitz auf ein zweites Mitglied der freisinnigen Volkspartei abzuleiten, von der Übernahme der Mitverantwortung drücken würde. Es mag erwähnt sein, daß diese Haltung der Sozialdemokratie auch in den eigenen Reihen herbe Kritik findet; so schrieb das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ am 10. November: „Die bescheidene Zurückhaltung der Sozialdemokratie, ihr Zurücktreten hinter die Fortschrittler hat das Ansehen der letzteren nicht gehoben, wohl aber das der Reichstagsmehrheit beeinträchtigt und die Hoffnung genährt, daß es gelingen könnte, diesen demokratischen Block zu sprengen. Zu keiner Zeit war die Selbstisolierung der Sozialdemokratie übler angebracht wie im gegenwärtigen Kampf zwischen Parlamentsmehrheit und Parlamentsfeinden. Wenn jede Partei sich den Luxus des Außenseitertums und das Recht der freien Kritik gestatten wollte, dann wäre überhaupt keine Lösung der Krise im Sinne der Reichstagsmehrheit denkbar.“ Wie gesagt, daß eine gedeihliche Lösung der Krise in der Richtung einer geschlossenen, doch auch die Sozialdemokratie einbegreifenden Front ermöglicht worden ist, das hat zum guten Teile erst die nationalliberale Partei zuwege gebracht. Die Nationalliberalen sind es gewesen, die von Anbeginn der interfraktionellen Besprechungen an das Hauptgewicht auf die möglichst breite Basis der inneren Front und auf die Herstellung des neuen Burgfriedens legten, und die es auch erreichten, daß das zwischen Graf Hertling und den Mehrheitsparteien vereinbarte Aktionsprogramm klar und fest abgegrenzt wurde. Es ist reizvoll, die heutige weitausschauende, auch die Abspaltung kleiner Teile der Fraktion nicht scheuende Haltung der nationalliberalen Partei mit der Stellungnahme der nationalliberalen Führer in der innerpolitischen Wendung von 1877/78 zu vergleichen. Damals weigerte sich ein Denningsen, dem Rufe Bismarcks, zu ihm in das Staatsschiff zu steigen, zu folgen, es sei denn, daß noch weitere mehr links gerichtete Mitglieder der Fraktion an dem Eintritt in die Regierung teilnahmen und so ein liberales Parteiregiment gebildet würde. Es wird heute kaum noch bestritten werden, daß die nationalliberalen Führer, von denen Laster und Fordenbeck geradezu auf ein Scheitern der Berufung Denningsens spekulierten, mit

dieser Taktik sehr kurzfristig gehandelt haben. Wäre Bismarck 1877 in die preußische Staatsregierung eingetreten, wie Bismarck es wünschte, so hätte der große Staatsmann gewiß nicht seine ganze dämonische Kunst darauf verwandt, die nationalliberale Partei auseinanderzusprennen — man weiß mit welchem Erfolge —, wäre die nationalliberale Partei nicht als ein großer und bestimmender Regierungsfaktor ausgeschaltet worden, hätte die wirtschaftspolitische Schwenkung Bismarcks nicht auf das gesamte innerpolitische und kulturelle Gebiet übergegriffen. Man wird die heutige von Verantwortungsgefühl und Tatkraft getragene Haltung der nationalliberalen Partei, die sie in voller Gleichberechtigung mit der anderen großen Mittelpartei, dem Zentrum, zum eigentlichen Rückgrat unserer Reichsleitung und Staatsregierung erhebt und ihr die größten Chancen für die Zukunft einräumt, sicherlich für weitaus staatsmännischer halten dürfen als die frühere von 1877, von der sich der Niedergang der Partei herschreibt. Es wird sich lohnen, einmal die geschichtliche Entwicklung der nationalliberalen Partei und ihre Zukunftsbedeutung einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen.

In manchen nationalliberalen Blättern, die sich bei dem Eintritt der Partei in die Regierung Hertling noch nicht beruhigen können, spielt die Besorgnis eine große Rolle, daß die Partei an Bedeutung und Einfluß hinter Zentrum und Sozialdemokratie zurückgedrängt werden möchte. Vorerhand lehrt der Augenschein, daß vielmehr die nationalliberale Partei die dominierende ist. Sie hat es doch erreicht, daß für die Zeit des Krieges alle Verfassungsänderungen bis auf die Durchführung der Reform des preußischen Wahlrechts zurückgestellt und auch die sozialpolitischen Reformen auf die freiheitliche Gestaltung des Koalitionsrechtes und die Schaffung von Arbeitskammern beschränkt worden sind. Sie hat es weiterhin erreicht, daß nicht von vornherein eine einseitige Bindung der neuen Regierung auf die in Wahrheit durch die Tatsachen überholte Friedensresolution vom 19. Juli erfolgte, der Regierung vielmehr ein freierer Spielraum belassen ist, als ihn Herr Dr. Michaelis je gehabt hat. Die nationalliberale Partei hat also durch die Tatsache ihres Eintrittes in die Regierung schon einen guten Teil des Programmes verwirklicht, das die Vaterlandspartei auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Sie hat dadurch zugleich die Möglichkeit geschaffen, daß auch die Vaterlandspartei die Regierung zu stützen sucht. Mit Freuden ersieht man aus der Münchener Rede des Großadmirals von Tirpitz vom 10. November, daß er es völlig ablehnt, in die kulturkämpferischen Töne einzustimmen, wie sie sich jüngst gerade in alldeutschen und vaterlandsparteilichen Blättern erhoben haben, daß er vielmehr u. a. rückhaltlos anerkennt, Deutschland habe ein Interesse daran, daß der päpstliche Stuhl, der heute auf fremdem Territorium eingeschlossen ist, in dieser Hinsicht mehr als bisher gesichert werde. Mit Freuden darf man weiterhin aus der Rede des Großadmirals von Tirpitz entnehmen, daß er es nicht mehr für nötig hält, sich bei der Kritik der Friedensresolution vom 19. Juli aufzuhalten, sondern einen Strich unter die Sache zu machen vorschlägt. Wenn der erste Vorsitzende der Vaterlandspartei sagt: „Ich denke, die Resolution ist überholt durch das Verhalten unserer Feinde und durch die weiteren Ereignisse, und ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß sich auch ein großer Teil der Mehrheit der Resolution und ihrer Freunde bald wieder mit uns zusammenfindet auf dem Boden der Tatsachen und der deutschen Notwendigkeiten“, wenn er ferner von neuem

betont, daß die Vaterlandspartei sich keinenfalls in die innerpolitischen Dinge mischen werde, so wachsen in der Tat die Hoffnungen, daß der Burgfriede doch vielleicht noch wie ein Phönix aus der Asche erstehen könne. Die unmittelbar bevorstehende Gründung des in den Zeitungen schon vielbesprochenen neuen „Volksbundes für Freiheit und Vaterland“, hinter dem neben anderen großen Organisationen fast geschlossen die ganze Arbeiterschaft steht, war in der Tat ein wenig von der Besorgnis beeinflusst, daß die Deutsche Vaterlandspartei sich zu einem Hindernis für die freiheitlichen Reformen, an denen namentlich unsere Arbeiterschaft so sehr interessiert ist, auswachsen könne. Aber der Volksbund stellt durchaus seine positiven Zwecke in den Vordergrund, und wenn die Vaterlandspartei dem Geist der Tirpitzschen Rede vom 10. November treu bleibt, so wird er kaum irgendeinen Anlaß haben, der Vaterlandspartei entgegenzutreten. Seinen Begründern ist es ganz wesentlich darum zu tun, die breiten Massen des Volkes mit Vertrauen und Zuversicht auf eine gedeihliche Gestaltung unserer außen- wie innerpolitischen Verhältnisse zu erfüllen und der inneren Geschlossenheit, dem inneren Frieden zu dienen. Ganz und gar auf den inneren Frieden ist vollends der ebenfalls jüngst zustande gekommene „Reichsausschuß zur Pflege des inneren Friedens“ eingestellt, der eine große Volksbewegung zugunsten des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, der Anerkennung aller Parteien, Konfessionen, Weltanschauungen und sonstigen Richtungen, die auf dem Boden des nationalen Staates stehen, als völlig gleichberechtigter in die Wege leiten will. Ich erwähne diese Neugründungen hier, weil sie zeigen, wie starke Kräfte des Volkes bereit sind, sich hinter eine Regierung zu stellen, die die volle Geschlossenheit der inneren Front als das wichtigste nationale Erfordernis anerkennt und in Tat und Wirksamkeit umzusetzen sucht. Heute heißt die Losung: näher aneinanderrücken auf der ganzen inneren Front; denn nur so kann der ehrenvolle Ausgang des Krieges, der Sieg gesichert werden.

Nie war unsere Lage so aussichtsvoll als in diesem Moment! Als der Herausgeber dieser Blätter vor vierzehn Tagen seine eindrucksvollen Betrachtungen über den Siegespreis veröffentlichte, schien es noch, als sollten unsere kriegerischen Erfolge keine großen politischen Erfolge zeitigen. Heute gewinnt es den Anschein, als komme doch das Gesamtgefüge der Entente ins Wanken. In Frankreich und Italien sind die Regierungen gestürzt, in England schwankt Lloyd George, und in Rußland geht alles drunter und drüber. Können wir in diesem Augenblick uns zu vollster Geschlossenheit erheben, so ist uns ein gewaltiger moralischer Erfolg in der ganzen Welt neben unseren militärischen Erfolgen gesichert, und die letzte Hoffnung der Entente stürzt zusammen. Und darum begrüßen wir noch einmal die glückliche Lösung der Regierungskrise, die es uns ermöglicht, auf der Grundlage burgfriedlichen Zusammenarbeitens dem Feinde die geschlossene innere Front gegenüberzustellen. Wir begrüßen die Regierung Hertling-Bayer-Friedberg, gerade weil sie uns die Dauer dieser Geschlossenheit bis zum Frieden, das heißt bis zum Siege in Aussicht stellt.

